

Dr. Wolfgang Wabbel
Steenbeker Weg 25
24106 Kiel
Tel. 0431 388 820

Kiel, 14.06.05

An die Mitglieder
des Sozialausschusses
Landeshaus

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer
Landtag

17.06.2005 08:32

Exp.: Anl: 1

LP	L	L1	L2	L3
----	---	----	----	----

W

L212

11 17.06

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 16 / 75

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zukunft der Schmerztherapievereinbarung in Schleswig – Holstein ist durch Versäumnisse, mangelndes Interesse und Unwägbarkeiten, die wir schmerztherapeutisch tätigen Ärzte nicht zu verantworten haben, gefährdet. Unsere bisherigen Versuche, ein Forum für die Interessen unserer Patienten und unsere Probleme mit der neuen Schmerztherapievereinbarung nach dem EBM 2000 plus zu bekommen, haben noch nicht zu einer Entspannung der sich zuspitzenden Situation geführt.

Daher wende ich mich mit unserem Anliegen nun an Sie als Repräsentanten einer sozial engagierten Gesundheitspolitik:

Die kurze Schilderung der aktuellen Situation und unsere Ideen zu einer sinnvollen Konfliktentschärfung entnehmen Sie bitte dem Begleitschreiben.

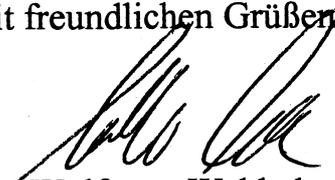
Dieses Schreiben ist der Sozialministerin bereits am 27.05.05 zugegangen, ihre Antwort war zwar empathisch, jedoch in der Sache nicht weiterführend.

Bitte helfen Sie uns dabei, engagierte und aufwändige Schmerztherapie für Schmerzpatienten in Schleswig -Holstein weiterhin sicherzustellen.

Wenn Arztpraxen aus der Schmerztherapievereinbarung austreten, bedeutet dies für viele Patienten eine unzumutbare Verschlechterung ihrer Versorgung mit Wartezeiten, die länger als ein Jahr betragen werden und eine individuelle, qualitätskontrollierte Therapie erschweren, wenn nicht unmöglich machen.

Für Rückfragen und die Gelegenheit, eingehendere Erläuterungen zu machen wäre ich - wären wir Schmerztherapeuten in Schleswig-Holstein - sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Wolfgang Wabbel

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie, weil ich hoffe, dass Sie auf die aktuellen Vorgänge um die Schmerztherapievereinbarung Einfluss nehmen können. Wir, die 28 in Schleswig-Holstein schmerztherapeutisch tätigen Ärzte, befürchten, dass ohne eine Koordination der Standpunkte die Versorgung der chronisch schmerzkranken Patienten in Schleswig-Holstein ab dem 1.7.05 nicht mehr sichergestellt ist.

Mehr als die Hälfte der in Schleswig-Holstein tätigen Schmerztherapeuten werden Schmerztherapie dann nicht mehr fortführen können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat noch keiner der in Schleswig-Holstein tätigen Schmerztherapeuten die neue Vereinbarung für den EBM 2000 Plus unterschrieben.

Das liegt sicherlich nicht daran, dass die Kollegen und Kolleginnen nicht gern schmerztherapeutisch weiter arbeiten würden:

Bisher hatten wir unsere Leistungen zu einem definiertem Festpreis (alte Schmerztherapievereinbarung) erbracht und uns im Gegenzug zu einer strengen Qualitätskontrolle verpflichtet. Die alte Vereinbarung berücksichtigte unseren Zeitaufwand für kontrollierte hochqualifizierte Leistung und stellte deren Erbringung für den Patienten und den Kostenträger sicher. Das Land Schleswig –Holstein galt als Vorreiter und Vorbild einer modernen interdisziplinären Schmerztherapie. In S-H und Hamburg nahmen alle Kostenträger an der Vereinbarung teil - einzigartig in der BRD. Beim Abschluss der neuen Verträge kam es zu Fehlentscheidungen (Schmerztherapeuten sind im Bewertungsausschuss nicht vertreten).

Sicher ist Ihnen bekannt, dass in Baden-Württemberg und Thüringen alle Kassen die alte Schmerztherapievereinbarung bis auf Weiteres wieder eingesetzt haben, weil den Verantwortlichen bewusst geworden ist, dass der EBM 2000 Plus hochqualifizierte Leistungen nicht mehr angemessen abbildet und kontrolliert.

In Schleswig-Holstein übernehmen deshalb bereits die IKK, die LKK und die BKK LV Nord die alten EBM-Ziffern, entsprechen somit exakt dem von uns gestellten Antrag.

Der finanzielle Aufwand ist dabei bekanntermaßen sehr übersichtlich:

Die „Überbrückungsvereinbarung“ würde die AOK S-H insgesamt etwa 80.000 € kosten, die Ersatzkassen in S-H ca. 120.000 € / anno.

Wir befinden uns jedoch zur Zeit in einem Informationsvakuum bezüglich der Idee, Schmerztherapie zu den Bedingungen des alten EBM zu garantieren. Mehr noch, wir fühlen uns in unserer Zielsetzung gründlich missverstanden. Wir möchten Sie daher um ein persönliches Gespräch bitten, um mit Ihnen Möglichkeiten zu konzipieren, die Schmerztherapie in Schleswig-Holstein am Leben zu erhalten und die regionale Versorgung sicher zu stellen. Leider drängt die Zeit sehr, bitte helfen Sie uns.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. W. Wabbel, Frau Dr. Susanne Preuß, Dr. Harald Lucius, Dr. Hans Schele
Steenbeker Weg 25 Lübeck Schleswig Kiel
24106 Kiel
Tel. 0431 / 388 820

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sie haben in ihrem Antwortschreiben vom 2. Juni 2005 die Sicherstellung der hochwertigen Schmerztherapie in Schleswig-Holstein als ein Ihnen wichtiges politisches Anliegen bezeichnet.

Leider ist der weitere Inhalt Ihres Schreibens für uns enttäuschend:

- Sie gehen nicht auf unsere Bitte ein, den Antrag auf einstweilige Vergütung nach der alten Vereinbarung zu unterstützen.
- Sie beziehen keine Stellung zu der aktuellen - für unsere Patienten und für uns Ärzte - peinigen Situation und den möglichen Auswegen.
- Sie verweisen darauf, dass die regionalen Verhandlungen zum Teil noch gar nicht begonnen hätten und noch keine endgültigen Aussagen getroffen werden könnten,
- auf eine fast sinnlose Protokollnotiz, welche besagt: „notwendige Änderungen sind vorzunehmen, falls diese... erforderlich werden sollten," und
- auf eine "- noch nicht eingetretene - endgültige Sachlage:"
Worauf warten wir??
Müssen wirklich erst Kollegen aus der Vereinbarung aussteigen?
- Sie orientieren sich vermutlich an Aussagen der Kassenvertreter, die unsere Argumente nicht berücksichtigen oder gar nicht kennen.
- Sie wissen, dass wir seit dem Ende des letzten Jahres ohne politische Unterstützung und ohne wirtschaftlich kalkulierbare Grundlage ausharren.

Die andauernde existentielle Bedrohung, die seit dem Herbst 2004 besteht, könnte durch ein gemeinsames Gespräch mit den Kassen sinnvoll kanalisiert werden: Die Überbrückungsvereinbarung wäre für uns ein Signal in die richtige Richtung.

Die KV- SH unterstützt dieses Ziel.

Ihr Engagement wäre außerordentlich hilfreich, um endlich eine "Reaktion" zwischen den Vertragspartnern "zu katalysieren".

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Wabbel

